



Neonazis agieren offensiv – die Sicherheitsbehörden gehen konsequent gegen rechtsextremistische Bestrebungen vor

- **Innerhalb der bayerischen Neonazi-Szene entstehen neue regionale Netzwerke.**
- **Neonazis agieren zunehmend aktionsorientiert und schrecken auch vor Gewalttaten nicht zurück.**
- **Martin Wiese wurde erneut zu einer Haftstrafe verurteilt.**
- **Bayerische Sicherheitsbehörden gehen konsequent gegen Rechts-extremismus vor.**

Auswirkungen der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)

Seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU tritt die rechtsextremistische Szene in Bayern zunehmend aktionistisch und offensiv auf, in Teilen strukturiert sie sich neu und geht auf größere Distanz zur NPD.

Führende Funktionäre der NPD aus Nordbayern, darunter auch der Nürnberger Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), Sebastian Schmaus, sind auf Grund politischer Differenzen über den Kurs des neuen Bundesvorsitzenden Holger Apfel aus der Partei ausgetreten. Die von Apfel vertretene „seriöse Radikalität“ beabsichtigt eine größere Distanzierung zu den neonazistisch geprägten Freien Kräften. Die sich noch im letzten Jahr abzeichnende Annäherung zwischen Teilen der bayerischen Neonazi-Szene und der NPD wurde damit gestoppt.

Als Ersatz für diese nicht mehr zur Verfügung stehenden Parteistrukturen haben Neonazis die im überregionalen Netzwerk Freies Netz Süd (FNS) integrierte Internetplattform Nationales Bündnis Oberpfalz geschaffen. Das FNS ist mit rund 20

Gruppierungen und etwa 100 bis 150 Anhängern das größte und zugleich schlagkräftigste neonazistische Netzwerk in Bayern.

Um auch außerhalb der NPD politischen Einfluss in der Region zu gewinnen, gründete sich zudem die Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz. Mit der unverfänglichen Bezeichnung als Bürgerinitiative wollen sich die im Nationalen Bündnis Oberpfalz zusammengeschlossenen Neonazis eine bürgerlich-demokratische Fassade geben, mit dem Ziel, bei den nächsten Kommunalwahlen Mandate zu gewinnen.



Aufarbeitung der Mordserie – Einsetzung von Untersuchungsausschüssen

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Generalbundesanwaltschaft beteiligt sich das Landesamt für Verfassungsschutz intensiv an der Aufklärung der von der „Zwickauer Terrorzelle“ begangenen Morde. Bislang gibt es keine konkreten Hinweise, dass das Trio des NSU zur Vorbereitung ihrer Taten Helfer aus der rechts-extremistischen Szene in Bayern hatte.

Zur Aufarbeitung der Thematik hat der Deutsche Bundestag am 26. Januar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Neben den Landtagen in Thüringen und Sachsen hat auch der Bayerische Landtag einen Untersuchungsausschuss eingesetzt; dieser hat am 5. Juli seine Arbeit aufgenommen.

Erneute Verurteilung des Rechtsterroristen Martin Wiese

Das Amtsgericht Gemünden a. Main verurteilte den Neonazi Martin Wiese wegen Volksverhetzung, Bedrohung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 9. Mai zu einer Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten ohne Bewährung.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Wiese auf dem Nationalen Frankentag im August 2011 in einer Rede damit gedroht hat, anwesende Pressevertreter wür-

den eines Nachts abgeholt und nach Verurteilung vor dem Volksgerichtshof standesrechtlich erschossen werden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Martin Wiese war im Jahr 2005 wegen der Planung eines Bombenanschlags auf das Jüdische Zentrum in München zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt worden. Nach seiner Haftentlassung im Jahr 2010 ist er umgehend wieder in der rechtsextremistischen Szene aktiv geworden und hat es geschafft, die zum Teil zerstrittenen Kameradschaften insbesondere in Ober- und Niederbayern wieder zu einen. Er ist derzeit einer der führenden Akteure in der bayerischen Neonazi-Szene. Eine erneute Haftstrafe würde die Szene schwächen und vor erhebliche Probleme stellen.



Durchsuchungen bei Mitgliedern der Jagdstaffel D.S.T.

Im Zuge der Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung wurden am 3. Mai in München und Oberbayern mehrere Wohnungen von Mitgliedern der rechtsextremistischen Kameradschaft Jagdstaffel D.S.T. durchsucht. Die Ermittlungen dauern noch an.



Bei den als gewaltbereit geltenden Mitgliedern der Ende 2009 gegründeten Jagdstaffel D.S.T. handelt es sich überwiegend um langjährige Aktivisten der rechtsextremistischen Skinhead-Szene aus dem Raum Geretsried/Wolfratshausen und München. Diese reisen gelegentlich auch ins Ausland, um dort an Schießständen mit Waffen zu schießen oder an so genannten „Paintball-Turnieren“ teilzunehmen. Eine von zwei Mitgliedern in der Schweiz zum Schein gegründete Waffenhandelsfirma verfolgte das Ziel, auf diese Weise Zutritt zu Fachmessen zu erlangen.

Die Mitglieder der Jagdstaffel D.S.T. unterhalten zahlreiche Kontakte zu Führungspersonen der rechtsextremistischen Szene. Bei Veranstaltungen treten sie

gelegentlich als Ordner in Erscheinung. Einzelne Mitglieder der Kameradschaft verfügen über Kontakte in die Rucker-Szene.

Am 8. Juli beschlossen die Mitglieder, die Jagdstaffel D.S.T. aufzulösen. Dies geschah offensichtlich wegen der Durchsuchungsmaßnahmen vom 3. Mai und soll einem möglichen Verbot begegnen. Ob dies auch zu einer tatsächlichen Auflösung der Gruppierung führt oder nur den Anschein erwecken soll, bleibt abzuwarten.

Verhinderung eines Neonazi-Zentrums in Südbayern

Der seit Jahren in der rechtsextremistischen Szene aktive Norman Bordin hat im November 2011 zusammen mit weiteren Rechtsextremisten den Verein „Frei Räume“ gegründet. Als Vereinssitz war das ehemalige Gasthaus Gruber in Halsbach, Landkreis Altötting, vorgesehen. Dort haben in den vergangenen Jahren bereits verschiedene Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene stattgefunden. Darüber hinaus sollte ein Teil der Räumlichkeiten als Wohnungen genutzt werden. Ziel war es, durch die Vereinsgründung rechtsextremistische Veranstaltungen einfacher durchführen zu können. Das Gasthaus wäre hierfür als dauerhafte Veranstaltungsortlichkeit zur Verfügung gestanden.

Nach Bekanntwerden dieser Pläne hat die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) die betroffene Gemeinde Halsbach umfassend beraten und insbesondere über die rechtsextremistischen Hintergründe sowie weitere rechtliche Möglichkeiten informiert. Die Einwohner von Halsbach haben insbesondere durch eine friedliche Demonstration am Rande einer rechtsextremistischen Veranstaltung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Rechtsextremisten in ihrer Gemeinde nicht erwünscht sind.

Auf Grund finanzieller Rückstände des Eigentümers wurde die Immobilie Ende Februar unter Zwangsverwaltung gestellt. Inzwischen hat sich auf Initiative des Bürgermeisters eine Käuferallianz gebildet, die den Gasthof erwerben will. Somit konnte unter Mitwirkung der BIGE die Schaffung eines neuen Zentrums der Neonazi-Szene in Südbayern erfolgreich verhindert werden.

Rechtsextremistische Gewalttaten

Im ersten Halbjahr 2012 wurden in Bayern 23 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten registriert. Dabei handelt es sich überwiegend um Körperverletzungsde-

likte. In Cham wurden am 9. März zwei Passanten geschlagen und mit Stiefeln getreten, als sie eine Gruppe Jugendlicher daran hindern wollten, rechtsextremistische Parolen zu grölen. Die Opfer erlitten zahlreiche Prellungen. Am 23. März haben Skinheads am Münchner Hauptbahnhof einen Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene angegriffen. Obwohl das Opfer bereits am Boden lag, wurde es getreten und anschließend ausgeraubt.

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)

Die BIGE wurde im Zuge der Umsetzung des im Jahr 2009 beschlossenen Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus geschaffen. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Beratung von Kommunen, die mit politischem Extremismus jeder Art konfrontiert werden. Dazu gehören insbesondere der Erwerb und die Anmietung von Immobilien durch Rechtsextremisten.



Die BIGE hält beispielsweise Fachvorträge, berät am Bürgertelefon oder nimmt an Podiumsdiskussionen teil. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Präventionsarbeit mit Jugendlichen. Die Zahl der Vorträge an Schulen hat sich im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr bereits verdoppelt. Insgesamt hielt die BIGE bisher über 200 Vorträge an Schulen.

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus bietet die BIGE zudem mit den ressortübergreifenden Internetportalen www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de und www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de umfassende Informationen zu den Themenbereichen Rechts- und Linksextremismus an. Im Schnitt greifen pro Jahr mehr als 160.000 Besucher auf diese Internetseiten zu.

Auch Aussteigern aus der rechtsextremen Szene bietet die BIGE Beratung und Unterstützung an. Rund 90 Personen ist durch das Bayerische Aussteigerprogramm bislang der Ausstieg gelungen.

Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR)

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus wurde auf Bundesebene das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) geschaffen, das im Dezember 2011 seine Arbeit aufgenommen hat.



Das GAR wurde nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ) errichtet, das bereits seit dem Jahr 2004 als erfolgreiches Modell für die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden besteht. Im Rahmen des ständigen Informationsaustausches zwischen den Behörden hat das Landesamt für Verfassungsschutz zur Vertretung der

bayerischen Interessen einen ständigen Vertreter in das GAR entsandt.